

Sitzungsniederschrift

Der Ortsbeirat Kremmen führte die 28. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Montag, den 06.11.2017 im Rathaus Kremmen, großer Ratssaal, Eingang Mühlenstraße 1, um 19:00 Uhr durch.

a) **anwesend**

Koop, Eckhard	Vorsitzender
Ganschow, Margarete	Mitglied
Kretzschmar, Andreas	Mitglied
Brunner, Christoph	Mitglied
Rasenack, Björn	Mitglied
Sommer, Heidi	Mitglied
Baathe, Klaus	Mitglied
Brenning, Joachim	Mitglied
Dr. Gebauer, Stefanie	Mitglied

b) **Protokollführung**

Süß, Carola

c) **Gäste**

Keine

d) Presse

1 Vertreter der Presse

e) Bürger

1 Bürger

Die Mitglieder wurden durch Einladung vom 27.10.2017 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen.

Bestätigte Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Entscheidungen über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ortsbeiratssitzung vom 26.10.2017
3. Festlegung der Tagesordnung
4. Einwohnerfragestunde
5. Beratung: Erhöhung der Essenspreise für Erwachsene der Schulküche Kremmen
6. Beratung: Bürgerhaushalt
7. Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

1. Entscheidungen über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Ortsbeiratssitzung vom 26.10.2017
2. Beratung: Löschungsbewilligung beschränkte persönliche Dienstbarkeit und Rückauflassungsvormerkung, Grundbuch von Kremmen Blatt Nr. 3990

3. Beratung: Vergabe von Bauleistungen Pflasterarbeiten Friedhof und Goethe-Schule
Kremmen – Erd- und Wegebauarbeiten nach Freihändiger Vergabe FV-76-2017
4. Sonstiges

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift Ortsbeiratssitzung am 06.11.2017	Abstimmungsergebnis		
1.	Eröffnung der Sitzung Der Ortsvorsteher, Herr Koop, begrüßte alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19:05 Uhr.			
2.	Entscheidungen über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ortsbeiratssitzung vom 26.10.2017 Es gab einige Schreibfehler „Wegen“. Außerdem ist bei der Aussage zum Haushalt von Frau Sommer das Wort Stadtverordnetenversammlung durch Ortsbeiratssitzung zu ersetzen. Frau Münchow wird ohne „s“ geschrieben. Ansonsten gab es keine Änderungs- bzw. Zusatzwünsche zur Niederschrift.			
3.	Feststellung der Tagesordnung Änderungen bzw. Zusätze wurden nicht gewünscht.			
4.	Einwohnerfragestunde Frau Lühder spricht das Thema Fahrradstände am Bahnhof an. Das Thema kam bereits in der vorletzten Sitzung zur Sprache. Sie fragt an, inwieweit es bereits Informationen gibt, welche Flächen der Stadt gehören und was man machen könnte. Herr Koop hat eine Klärung mit der Verwaltung noch nicht herbei führen können. In Frage kommt seiner Meinung nach nur die Fläche rechts neben dem Trafohäuschen. Ob es sich hier um eine kommunale Fläche handelt, ist noch zu klären. Frau Lühder regt an, seitens der Verwaltung bei der Bahn nachzufragen, was mit den Fahrrädern passiert, die seit längerem dort stehen und nicht mehr bewegt werden. Außerdem fragt sie hinsichtlich der geplanten Fahrradstände einschl. Pflasterung auf dem Gelände der Schule an. Die Elternvertreter wurden auf der letzten Schulkonferenzsitzung informiert. Leider waren die Informationen unvollständig und nicht zufriedenstellend. Es gab keine Angaben zur Anzahl der geplanten Fahrradstände und zu deren Bedarf. Frau Lühder hat sich bereit erklärt, durchzuzählen, wie viel Fahrradstände gebraucht werden. Frau Gebauer findet den angedachten Platz nicht praktikabel, insbesondere für die Hortkinder.			

	<p>Frau Lühder denkt, dass die Hortkinder bei der Bedarfsplanung gar nicht einbezogen sind.</p> <p>Herr Koop wird das Thema in der Stadtverordnetenversammlung vortragen und um Klärung bitten.</p>			
5.	<p>Beratung: Erhöhung der Essenspreise für Erwachsene der Schulküche Kremmen</p> <p>Dazu haben alle Mitglieder die Mitteilung der Verwaltung erhalten. Vorgeschlagen sind hier für Erwachsene beim Vor-Ort-Essen 3,80 € (bisher 3,30 €) und für Lieferung von Essen an Erwachsene 5,00 € (bisher 3,80 €).</p> <p>Frau Gebauer erklärt dazu, dass die Empfehlungen des Finanzausschusses bei der Vorlage nicht berücksichtigt worden sind. Es wurden folgende Preise empfohlen:</p> <p>5,10 € für Lieferung von Essen an Erwachsene 4,80 € für Lieferung von Essen an Senioren 4,80 € für Essen vor Ort Erwachsene 4,50 € für Essen vor Ort Senioren</p> <p>Ausdrücklich wollte man hier einen Rabatt für Senioren. Die Stadt darf nicht in Konkurrenz zu anderen Unternehmen gehen. Die Kalkulation für die Essen liegen bei 3,65 € für Vor-Ort-Essen und 5,00 € für Essen bei Lieferung.</p> <p>Herr Kretzschmar befürwortet die Ansetzung der 3,65 €, wenn die Kommune keinen Gewinn machen darf.</p> <p>Herr Koop findet die Aussage, dass die Kommune nicht in Konkurrenz zu anderen Anbietern gehen darf, nicht schlüssig, ansonsten hätte man kein Essen für Erwachsene anbieten dürfen, da es sich um eine Schulküche handelt. Der Finanzausschuss wollte mit dem Vorschlag eine Abstufung für Senioren vornehmen. Für die Schüler wird das Essen mit ca. 70 T€ bezuschusst. Zurzeit beträgt der Essensanteil von Erwachsenen vor Ort nur ca. 30 Teilnehmer. Seit Mitte August ist die Belieferung von Essen außerhalb von Kremmen bereits eingestellt.</p> <p>Herr Brenning und Herr Rasenack finden die Sprünge zwischen den Preisen zu groß.</p> <p>Frau Gebauer erklärt, dass aus der vorliegenden Kalkulation ersichtlich ist, dass das Essen für die Erwachsenen bisher bezuschusst worden ist.</p> <p>Herr Brunner ist gegen eine Differenzierung für die Senioren. Die eingebrachten Vorschläge in der Vorlage findet er angebracht. Evtl. sollten glatte Beträge festgesetzt werden; das wäre auch für die Kassierung einfacher.</p> <p>Herr Brenning schliesst sich dieser Meinung an.</p> <p>Der Vorschlag von Herrn Koop, für die Lieferung von Essen an die Senioren 4,50 € zu berechnen, ist nicht möglich, da die Kalkulation bei 5,00 € liegt und nicht unterschritten werden darf.</p>			

	<u>Beschluß/Empfehlung</u> 4,00 € Erwachsenen Essen vor Ort 5,00 € Erwachsenen Essen bei Lieferung			
6.	<p>Beratung: Bürgerhaushalt</p> <p>In der letzten Sitzung wurden von Frau Sommer Änderungsvorschläge eingebracht. Darüber sollte in der heutigen Sitzung diskutiert werden. Es geht darum, die Verfahrensweise beim Bürgerhaushalt im Vergleich zu anderen Kommunen zu verbessern bzw. anzugleichen.</p> <p>Frau Sommer erläutert dazu nochmals, dass es keine Transparenz hinsichtlich der Umsetzung von Vorhaben aus dem Bürgerhaushalt gibt. Auf der Webseite der Stadt findet man dazu nicht Aktuelles. Es gibt auch keinen Überblick, was in den anderen Ortsteilen realisiert wurde. Sinnvoll erscheint ihr auch eine schriftliche Antragstellung, um Mißverständnisse zu vermeiden. Außerdem ist zwingend erforderlich, einen Ansprechpartner in der Stadtverwaltung zu benennen, der die Maßnahmen umsetzen kann. Eine Darstellung auf der Webseite, wie dies in anderen Orten beispielhaft umgesetzt wird, wäre sinnvoll und anzustreben.</p> <p>Herr Brunner ist der Meinung, dass nur der zur Verfügung stehende Betrag publik gemacht werden sollte. Die Vorschläge sollten zur Prüfung und Bestätigung dem Ortsbeirat vorgelegt werden.</p> <p>Frau Gebauer wirft dazu ein, dass dies nicht dem Sinn und Zweck eines Bürgerhaushaltes entspricht. Die Satzung regelt dazu eindeutig, dass die Bürger über die Maßnahmen entscheiden. Der Ortsbeirat ist dafür nicht zuständig.</p> <p>Herr Koop erklärt dazu, dass die eingereichten Vorschläge der Bürger in der Verwaltung vorab auf deren Umsetzbarkeit geprüft werden müssten. Die dann sich ergebenden Vorschläge sind in einer öffentlichen Versammlung durch die Bürger zu beschließen.</p> <p>Auch Herr Baathe spricht sich für mehr Transparenz aus und sieht eine Darstellung auf der Webseite als sinnvoll an.</p> <p>Die Meinung von Herrn Rasenack, dass die Vorschläge von Vereinen begrenzt werden sollten, schließen sich die anderen Mitglieder nicht an. Man kann einem Ungleichgewicht entgegen wirken, indem der Bürgerhaushalt publik gemacht wird und durch die Bürger vermehrt Anträge eingereicht werden. Es könnte auch eine entsprechende Klausel in die Satzung eingearbeitet werden.</p> <p>Frau Gebauer plädiert dafür, eine Erweiterung der Satzung vorzunehmen bzw. eine Richtlinie zur Satzung zu erarbeiten. Die Formulierungen dazu sollten seitens der Verwaltung erfolgen.</p> <p>Herr Koop erläutert, dass in Flatow auf Grund der Nichtvorlage von Vorschlägen die Mittel durch den Ortsbeirat für die</p>			

	<p>Feuerwehr ausgegeben wurden.</p> <p>Beschluss</p> <ul style="list-style-type: none"> - Öffentlichkeitsarbeit/Werbung für den Bürgerhaushalt - Benennung eines verantwortlichen Mitarbeiters in der Verwaltung - Erstellung eines Flyers <p>Die Umsetzung sollte umgehend erfolgen. Bis Ende 2017 sollte ein entsprechender Flyer entworfen und entsprechende Werbung realisiert werden.</p> <p>Zum aktuellen Bürgerhaushalt wird Herr Koop über die Verwaltung in Erfahrung bringen, wie der Stand bei den Schildern für den Wanderweg einschl. der Anbringung der Schilder ist. Es ist zu ermitteln, wie viel Geld ggf. übrig bleibt, um dieses Geld kurzfristig anderweitig einplanen zu können.</p>			
7.	<p>Sonstiges</p> <p>Frau Gebauer regt an, die Hundetoilette am Kurzen Damm auf die andere Straßenseite zu versetzen.</p> <p>Herr Kretzschmar übergibt einen Entwurf für das zu erstellende Verkehrskonzept der Altstadt und das angrenzende Scheunenviertel. Die Ausführungen sind als Anlage der Niederschrift beigelegt. Ideen und Vorschläge sollten kurzfristig mit eingebracht und dann ein endgültiges Konzept zur Beschlussfassung eingereicht werden.</p> <p>Herr Koop erklärt, dass bei dem Rundgang anlässlich der letzten Sitzung bereits einiges besprochen und besichtigt wurde. Frau Gebauer regt an, unter Pkt. 8 eine Konkretisierung vorzunehmen, z.B. Gewährleistung der Rettungswege. Ihrer Meinung nach wird der Termin Februar nicht zu halten sein, hier sollte evtl. eine Verschiebung auf Mitte des Jahres vorgenommen werden.</p> <p>Herr Brenning sieht lediglich die Baustraße und evtl. noch die Kirchstraße als großes Problem. Die Fahrzeuge parken auf der Straße, da die Anwohner ihre Einfahrten nicht nutzen. In der Grabenstraße sieht er kein Problem. Die Umkehr der Einbahnstraßenregelung bei der Alten Wallstr. würde er befürworten. Die Probleme im Scheunenviertel sind seiner Meinung nach zu dramatisch dargestellt. Er würde das Konzept nicht so weit fassen wollen.</p> <p>Frau Gebauer fasst zusammen, dass hier jeder seine subjektive Meinung hat. Deshalb ist ihrer Meinung nach eine objektive Meinungsbildung sinnvoll.</p> <p>Herr Rasenack plädiert dafür, Einzelfälle aufzunehmen, eine pauschale Beurteilung ist nicht sinnvoll.</p> <p>Herr Baathe denkt, die Verwaltung sollte die Anlieger</p>			

	<p>anschreiben und daran appellieren, ihre eigenen Stellflächen zu nutzen. Sollte das nicht fruchten, müssten Ordnungswidrigkeiten konsequent geahndet werden.</p> <p>Herr Koop vertritt die Meinung, dass die Wünsche und Vorstellungen des Scheunenviertelvereins mit in den Antrag gehören. Was davon umsetzbar ist, müsste durch die Verwaltung geprüft werden. Dazu gehört auch eine evtl. Umwandlung der Einbahnstraßenregelung in der Alten Wallstraße.</p> <p>Herr Brenning möchte kein Verkehrskonzept, sondern lediglich Informationen an die Bürger zur Verbesserung der Parksituation. Einzelprobleme sollte man damit entschärft bekommen.</p> <p>Frau Sommer fasst zusammen, dass es vielfältige Ideen und Meinungen gibt. Es sind Optimierungen möglich und hier sollte angesetzt werden.</p> <p>Frau Lühder ergänzt dazu, dass es von Vorteil sein kann, wenn ein außenstehender Fachmann auf die Dinge schaut und vergleicht, wie es in anderen Orten positiv läuft. Sie findet, dass das Geld hier sinnvoll investiert ist.</p> <p>Herr Baathe ist der Meinung, dass viele das Scheunenviertel als Umfahrung der Berliner Straße nutzen. Die Anwohner der Berliner Straße sollten hinsichtlich des Parkens angeschrieben werden, vielleicht kann man dadurch auch eine Entlastung des Scheunenviertels erreichen.</p> <p><u>Zusammenfassung</u></p> <p>Es gibt unterschiedliche Meinungen und Vorstellungen. Ein gemeinsamer Konsens ist schwer zu finden. Die Fragen können hier heute nicht geklärt werden. Das Konzept sollte der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. Ein Endergebnis wird dann wieder beim Ortsbeirat auf den Tisch kommen.</p> <p>Herr Brunner stellt fest, dass die Parkanlage Burgweg immer wieder als Müllplatz missbraucht wird. Hier sollte durch die Verwaltung geprüft werden, ob eine Beschilderung bzw. Anbringen einer Begrenzung Abhilfe schaffen könnte.</p> <p>Herr Rasenack fragt nach dem Stand zur Einrichtung einer verkehrsberuhigten Zone „An der Mühle“.</p> <p>Frau Lühder spricht kritisch das Fahren von großen Traktoren auf dem Binningsweg – insbesondere auch teilweise auf dem Gehweg – an.</p>			
	II. Nicht öffentlicher Teil			
1.	Entscheidungen über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Ortsbeiratssitzung			